

Informationen zum Datenschutz

Datenschutzhinweise nach Art. 13 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)
im Zusammenhang mit Auskünften

zur Beratung und Unterstützung durch den Fachdienst Beistandschaft

im Stadtjugendamt München

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Verantwortlich für die Verarbeitung ist die Landeshauptstadt München
Sozialreferat
Stadtjugendamt
Abteilung Beistandschaft, Vormundschaft und Unterhaltsvorschuss
Orleansplatz 11
81667 München
Telefon: 089/ 233-48235
E-Mail: beistandschaften.soz@muenchen.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Landeshauptstadt München
Behördlicher Datenschutzbeauftragter
Burgstr. 4
80331 München
Telefon: 089/233-28261
E-Mail: datenschutz@muenchen.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Ihre Daten werden dafür erhoben, um

- Sie Ihrem Anliegen entsprechend beraten und unterstützen zu können in rechtlichen Fragen zur Feststellung der Vaterschaft, zur Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen bzw. zur Möglichkeit der Begründung der gemeinsamen elterliche Sorge bei nicht miteinander verheirateten Eltern bzw.
- Ihren Antrag bearbeiten zu können.

Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c DSGVO in Verbindung mit §§ 18 Abs. 1 und 2, 62 Abs. 2 des Achten Sozialgesetzbuches (SGB VIII) verarbeitet.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Die bei Ihnen erhobenen Daten werden an das Sachgebiet Beistandschaft weiter gegeben, wenn Sie Bedarf an der Einrichtung einer Beistandschaft für Ihr minderjähriges Kind haben.

5. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Ihre Daten werden nach der Erhebung nur bis zum Abschluss der Beratung und Unterstützung bei der Landeshauptstadt München gespeichert.

6 . Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.